



Stellungnahme der Professor:innen, wissenschaftlichen Mitarbeitenden, Verwaltungsmitarbeitenden und Studierenden der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg an die Finanzbehörde, Wissenschaftsbehörde, Justizbehörde und den Wissenschaftsausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft

Die Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg hat allein im Jahr 2021 aufgrund systematischer Unterfinanzierung ein Defizit von über 500.000 Euro zu verkraften. Nach bisheriger Finanzplanung wird sich dieses Defizit in den kommenden Jahren noch verschärfen. Die bislang noch vorhandenen Rücklagen der Fakultät sind aufgebraucht, HSP III-Mittel werden nicht mehr vollständig gezahlt. Es besteht daher dringender Bedarf für einen entsprechenden Ausgleich durch Landesmittel – anderenfalls ist die Fakultät gezwungen, weitreichende Kürzungen vorzunehmen.

Bereits in diesem laufenden Sommersemester wurden die für eine gute Ausbildung und Vorbereitung auf das Staatsexamen notwendigen Arbeitsgemeinschaften im Hauptstudium (4. und 5. Semester) gestrichen. Zugleich wurde die Zahl der Teilnehmenden in den Arbeitsgemeinschaften des 2. und 3. Semesters von 25 auf 40 erhöht. Hierdurch wird die Zielsetzung der Arbeitsgemeinschaften – die aktive Mitarbeit der Studierenden in Kleingruppen – massiv gefährdet. Weitere Kürzungen an allem, das vertraglich nicht gebunden ist, wie etwa an der Lehre in den Schwerpunkten (Wegfall von Lehraufträgen), den Moot Courts, der Orientierungseinheit für die Studienanfänger:innen, den Law Clinics und dem Gleichstellungsreferat sowie beim Examensklausurenkurs sind zu befürchten.

Für die Studierenden bedeutet das: Weniger kritisches Hinterfragen des Rechts in Kleinprojekten wie den Law Clinics, Moot Courts oder Seminaren. Weniger praktisches Lernen am Fall durch Austausch in Kleingruppen. Größere Unsicherheit und Ängste mit Blick auf das Staatsexamen und ein verstärkter Rückgriff auf kommerzielle Repetitorien, die ökonomisch besser situierten Studierenden vorbehalten sind. Eine Verschärfung der Bildungsungerechtigkeit.

Für die Professor:innen und wissenschaftlichen Mitarbeitenden bedeutet das: Eine Vakanzhaltung bei den Mitarbeitendenstellen, die weniger Nachwuchsförderung und eine Mehrbelastung aller Beteiligten zur Folge hat, denn die gleiche Arbeit wird auf weniger Schultern verteilt. Erhebliche Beschränkungen von Konzepten guter Lehre. Wegfall bzw. Kürzungen von leistungsabhängigen Mitteln für besondere Leistungen, die eine individuelle Einschränkung der wissenschaftlichen Arbeit bedeuten.

Die Förderung von Frauen schon während des Studiums (wie z.B. durch Prüfungstrainings oder Preise für herausragende wissenschaftliche Arbeiten) kann nicht mehr sichergestellt werden. Stipendien speziell für promovierende und habilitierende Frauen fallen weg.



Sollten die Kürzungen nicht abgewendet werden, bedeutet das für die kommenden Semester eine massive Verschlechterung der Lehre und Forschung an der Fakultät für Rechtswissenschaft. Gerade vor dem Hintergrund des Juristenmangels ist es nötig, das Studium attraktiver zu gestalten und nicht alles, was zum kritischen Denken anregt, zu streichen. Eine Gesellschaft braucht gut ausgebildete und kritisch denkende Jurist:innen aus allen Gesellschaftsschichten.

Wir fordern den Senat daher dringend auf, eine den (Zukunfts-)Aufgaben einer Universität gerecht werdende Ausfinanzierung der Universität zu gewährleisten!

Hamburg, im Juni 2021

Der Fakultätsrat der Fakultät für Rechtswissenschaft unterstützt die Stellungnahme.

Die Stellungnahme haben zudem folgende Professor:innen, wiss. Mitarbeitende und Verwaltungsmitarbeitende unterzeichnet:

Unterzeichnende Professor:innen

- | | |
|---------------------------------------|--------------------------------------|
| 1. Prof. Dr. Anne van Aaken | 20. Prof. Dr. Ulrich Karpén |
| 2. Prof. Dr. Marion Albers | 21. Prof. Dr. Robert Koch |
| 3. Prof. Dr. Ivo Appel | 22. Prof. Dr. Markus Kotzur |
| 4. Prof. Dr. Matthias Armgardt | 23. Prof. Dr. Karl-Heinz Ladeur |
| 5. Prof. Dr. Klaus Bartels | 24. Prof. Dr. Peter Mankowski |
| 6. Prof. Dr. Dr. phil. Jörg Berkemann | 25. Prof. Dr. Reinhard Merkel |
| 7. Prof. Dr. Reinhard Bork | 26. Prof. Dr. Klaus Moritz |
| 8. Prof. Dr. Eckart Brödermann | 27. Prof. Dr. Stefan Oeter |
| 9. Prof. Dr. Jochen Bung | 28. Jun.-Prof. Dr. Arne Pilniok |
| 10. Prof. Dr. Thomas Eger | 29. Prof. Dr. Alexander Proelss |
| 11. Prof. Dr. Dr. h. c. Peter Ehlers | 30. Jun.-Prof. Dr. Mareike Schmidt |
| 12. Prof. Dr. Reinhard Ellger | 31. Prof. Dr. Claudia Schubert |
| 13. Prof. Dr. Dagmar Felix | 32. Prof. Dr. Dieter Schwampe |
| 14. Prof. Dr. Thomas Flint | 33. Prof. Dr. Bernd – Rüdiger Sonnen |
| 15. Prof. Dr. Gerrit Frotscher | 34. Prof. Dr. Hans-Heinrich Trute |
| 16. Jun.-Prof. Dr. Jerg Gutmann | 35. Jun.- Prof. Dr. Eva van der Zee |
| 17. Prof. Dr. Armin Hatje | 36. Prof. Dr. Bernhard Villmow |
| 18. Prof. Dr. Detlev Joost | 37. Prof. Dr. Peter Wetzels |
| 19. Prof. Dr. Hinrich Julius | |



Unterzeichnende Wiss. Mitarbeitende

1. Dr. Markus Abraham
2. Dagmar Ahlgrimm
3. Aylin Aslan
4. Alessio Azzutti
5. Dr. Sarah A. Bachmann
6. Clarissa Barth
7. Victoria Behrendt
8. Felix Bode
9. Dr. Katrin Brettfeld
10. Jonas Brüggmann
11. Michelle Bruhn
12. Julian Burhenne
13. Hans-Justus Daase
14. Dr. Sören Deister
15. Dr. Anne Dienelt
16. Clemens Dodt
17. Martin Fertmann
18. Hannah Franz
19. Lena Frerichs
20. Alina Funk
21. Solveig Gasche
22. Sarah Geiger
23. Alessa Glaser
24. Charlotte Gremme
25. Maria Grigoropoulou
26. Brian Hagiél
27. Shino Ibold
28. Georg Joecker
29. Timo Junker
30. Nicola Kleinjohann
31. Konstantin Knobloch
32. Iva Kostov
33. Lea Köttering
34. Maria Elina Koulouri
35. Simone Kuhlmann
36. Svenja Langenhagen
37. Mailin Look
38. Katharina Luckner
39. Jan-Philipp Meindl
40. Jana Meyerhoff
41. Franziska Niehaus
42. Manuela Niehaus
43. Hannah Offerdinger
44. Anna-Lena Otzen
45. Judith Papenfuß
46. Malte Pickhardt
47. Michael Preisig
48. Marie Raben
49. Marten Rauscher
50. Lars Regula
51. Yann Romund
52. Mareike Rumpf
53. Christopher Ruof
54. Severin M. Sandfort-Hummert
55. Dr. Rooe Sarel
56. Fabian Schilling
57. Dr. Laura Schmitt
58. Robin Schneller
59. Jonas Schwarting
60. Anton Sefkow
61. Betül Simsek
62. Ülkü Sezgi Sözen
63. Dr. Alexander Stark
64. Janwillem van de Loo
65. Oliver van der Schoot
66. Lukas Walter
67. Maximilian Waßmuth



Unterzeichnende Verwaltungsmitarbeitende

1. Helga Bergemann-Rüppel
2. Inga Burmeister
3. Deborah Carter
4. Dinah Cassebaum
5. Chaofeng Chen
6. Linda-Friederike Dammermann-Drexler
7. Ute Ehrk
8. Heike Jansen
9. Judith Legies
10. Sonia Mestre
11. Heike Mundhaß
12. Sabine Nerling
13. Xichu Qin-Wenzel
14. Janina Satzer
15. Carolin Schöne
16. Birgit Selbach
17. Anja Vespermann

Auswahl an Kommentaren der Unterzeichnenden zur Stellungnahme:

Ich unterstütze die Stellungnahme mit großem Nachdruck: im Sinne eines gewinnbringenden Studiums, innovativer Forschung sowie nachhaltiger Nachwuchsförderung!

Jun.-Prof. Dr. Mareike Schmidt

Ich unterstütze das nachdrücklich. Wenn die Betonung Hamburgs als Rechtsstandort nicht bloßes Gerede ist, sondern dessen Bedeutung gerade auch für die Wirtschaft verstanden wird, ist eine Schwächung der Juristischen Fakultät in hohem Maße kontraproduktiv.

Prof. Dr. Peter Ehlers

In den besonderen Zeiten nach Corona ist es wichtiger als je zuvor in den letzten 30 Jahren, dass die Universitäten junge Studenten auffangen, integrieren und auf die Arbeit in der globalen Welt vorbereiten. Das ist die sinnvollste Investition, die wir als Gesellschaft leisten müssen und können!

Prof. Dr. Eckart Brödermann

Die Kürzungen schaden auch der Forschung nachhaltig, weil die für eine zeitgemäße Forschung erforderliche Spezialliteratur in der Fakultätsbibliothek nur noch eingeschränkt beschafft und vorgehalten werden kann.

Jun.-Prof. Dr. Arne Pilniok



Die Qualität der Lehre und Forschung in der Rechtswissenschaft kann auf dem bisherigen Niveau nur beibehalten werden, wenn die tatsächlichen Kostensteigerungen durch eine entsprechend höhere Mittelzuweisung ausgeglichen werden.

Prof. Dr. Robert Koch

Ich halte es für ausgesprochen hinterhältig und respektlos, dass die wegen der Corona-Krise vermeintlich notwendig gewordenen finanziellen Einsparungen des Staates nunmehr auf dem Rücken derjenigen ausgetragen werden, die während jener Krise am meisten Solidarität und Verzicht hatten üben müssen - der Jugend, wozu eben auch gerade wissenschaftliche Mitarbeiter und Studenten zählen!

Konstantin Knobloch, wiss. Mitarbeiter